

Berlin, Sonntag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Oesterreich 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gls. Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr. Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Creecham Street E.C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 7. August 1910.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verhandlungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Klassen-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restzettel 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenfronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: Amt I. Nr. 243.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter täglicher Zustellung der Zeitung per Streifenband; der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf. pro Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren: a) haben sie bei einer Postanstalt abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Grenzplatz nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitigiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei ihm die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung, Kronenstraße 37.

Hierzu als IV. Beilage: Hotel- und Bäder-Anzeiger.

Vom Tage.

Der Verein deutscher Schiffwerften beschloß einstimmig, als Antwort auf den Streik der Werftarbeiter in Hamburg auf sämtlichen Werften eine große Betriebs Einschränkung einzutreten zu lassen.

Wie aus Glasgow berichtet wird, wies die überwiegende Mehrheit der Werftarbeiter bei der Abstimmung über die Lohnfrage die Vorschläge der Arbeitgeber zurück.

Aus Lissabon wird amtlich gemeldet, daß Portugal und die Vereinigten Staaten sich gegenseitig die Weißbegünstigung zusichern.

In der Nähe von Regina stieß der Sonderzug des kanadischen Premierministers Laurier mit einem Güterzuge zusammen. Laurier wurde am Arm verletzt und erlitt einen starken Nervenschoc.

Uebernahme der Zollverwaltung auf das Deutsche Reich.

Nach § 38 der Reichsverfassung steht der Betrag der Zölle und indirekten Reichsteuern in die Reichskasse. Dieser Betrag besteht aus der gesamten von den Zöllen und den übrigen Abgaben aufkommenen Einnahme nach Abzug der auf Gelehen usw. bestehenden Steuerbefreiungen und Ermäßigungen, der Rückstellungen für unrichtige Erhebungen und der Erhebungs- und Verwaltungskosten, also der Gehälter usw. der Beamten, die in einer Quote der Gesamteinnahme berechnet werden. Die außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze liegenden Gebiete tragen zu den Ausgaben des Reiches durch Zahlung eines Auerjums bei. Bayern, Württemberg und Baden haben an dem in die Reichskasse fließenden Erträge der Steuern von Bier und an dem diesem Erträge entsprechenden Teile des vorstehenden Auerjums keinen Anteil.

Diese aus den Zollvereinigungsverträgen in die Reichsverfassung übergegangene Regelung der Zoll-

verwaltungsvergütung mag in der ersten Hälfte und vielleicht auch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch ausreichend gewesen sein, um neben den Kosten der Grenzbewachung auch die Kosten des damals noch in der Hauptsache an der Grenze sich vollziehenden Zollabfertigungsverkehrs annähernd zu decken. Die heutigen Verkehrsverhältnisse mit den anders gehaltenen Zollbestimmungspapieren usw., die dazu geführt haben, daß der Schwerpunkt der Zollabfertigung in immer steigendem Maße nach dem Innern des Reichsgebietes verlagert worden ist, fordern gabelteisch, daß diese Vorkaufsart notwendig ist, geht aus einer Aufzeichnung hervor, die für die Jahre 1904, 1905 und 1906 amtlich aufgestellt ist. Nach derselben sollen vier Bundesstaaten aus den Vergütungen Ueberschüsse über die aufgewandten Kosten in Höhe von rund 33 000 bis 76 000 Mk. erzielt, die übrigen deutschen Bundesstaaten aber recht verchieden hohe Zuschüsse zu den Kosten zu leisten gehabt haben. Die Zuschüsse sollen betragen haben:

für Preußen	rund 1,6 Mill. Mark = 4 Pf.
" Bayern	" 2,1 " " = 41 "
" Königl. Sachsen	" 1,4 " " = 31 "
" Baden	" 1,1 " " = 55 "
" Elsaß-Lothringen	" 1,5 " " = 83 "

Aus dieser verchiedenartigen Wirkung der geltenden Vorschriften dürfte sich schon allein die Notwendigkeit einer grundlegenden Aenderung ergeben.

Es ist daran gedacht worden, die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern wie bisher den einzelnen Bundesregierungen zu belassen, aber sie für die gesamten aufgewandten Kosten mit den wirklich gezahlten Verzügen zu entschädigen. Für die Ueberhebung der wenigen Landessteuern, deren Verwaltung von denselben der Zölle und Reichsteuern sich nicht abzuweigen ließe, würde eine nach Einnahmeteilen zu vereinbarende Vergütung an die Reichskasse zu zahlen sein. Für die erforderlichen fiskalischen Gebäude, die im Besitze des Landesbesitzes verbleiben, würde eine Miete vom Reiche zu erlegen, auch die Pensionen der Beamten würden aus der Reichskasse zu vergüten sein. Die Reichsverwaltung, in der höchsten Instanz der Bundesrat, würde die Gehälter und sonstigen Bezüge der Beamten festzusetzen haben. Wenn sämtliche an der Grenze und im Innern entstehenden Kosten der Zollverwaltung den Einzelstaaten erlegt würden, so würde die Durchführung dieser Maßnahme zur Vereinfachung der Abrechnung durch eine Vereinbarung erreicht werden, nach der die Kosten von Beamten, die ganz oder vorwiegend den Interessen der Zollverwaltung dienen, voll vergütet werden, während für Beamten, die nur nebensächlich diese Interessen betreffen, keine Vergütung gewährt wird. Bei der Orientierung nach einem wirksamen Mittel zur Beseitigung der vorhandenen Mängel hat sich jedoch die Frage aufgedrängt, ob vielleicht daran gedacht werden könnte, die gesamte Verwaltung der Zölle und Steuern auf das Reich zu übernehmen. Dies wäre unseres Erachtens das einzige radikale Mittel, den allgemeinen Interessen zu dienen. Die Zahl der durch die Zollverwaltung zu erhebenden Landessteuern ist in den einzelnen Bundesstaaten im Vergleich zu den Reichsteuern sehr gering. Bei der Uebernahme der gesamten Zollverwaltung durch das Reich wäre auch eine größere Einheitlichkeit in der Auslegung der Tarifvorschriften und der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen bei den indirekten Reichsteuern gewährleistet. Die Vereinheitlichung der jetzigen Landesverwaltungen in einer zentralisierten Reichszollverwaltung — wie sie die „Zeitschrift süddeutscher Finanzbeamten“ schon früher vorgeschlagen hat — käme allen Erwerbszweigen, dem Handel und der Industrie, der Land-

wirtschaft, kurzum dem ganzen Volke zugute. Es handelt sich also nur darum, besonders in den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, einen Mobus zu finden, um zu ermitteln, welchen Betrag diese Staaten für die Ueberhebung der Landessteuern an das Reich zu zahlen hätten, während in Elsaß-Lothringen der Uebergang der gesamten Verwaltung auf das Reich sich weit einfacher gestaltet. Wir zitieren hierzu den Schlußsatz einer schon früher in der „Zeitschrift süddeutscher Finanzbeamten“ erschienenen Abhandlung: Die Landesländer von Elsaß-Lothringen würden in einer Reichszollverwaltung als Beamte dem Reiche, als Staatsbürger aber in politischer und im Hinblick auf die Verwertung ihres Einkommens nur dem Mutterlande Elsaß-Lothringen dienen. Es würde diese Uebernahme ein weiteres Bündnis zwischen Deutschen Reiche bedeuten, eine weitere Brücke zwischen ihnen und drüben.

Telegramme.

Borismouth, 6. August. (C. T. C.) Durch eine Petroleumexplosion auf dem Unterseeboot „Al“ sind zwei Offiziere und vier Matrosen verwundet worden.

Glasgow, 6. August. (C. T. C.) Obwohl die Aussperrung im Schiffsbauwerke abgeendet ist, scheint eine neue Krisis bevorzustehen. Die Abstimmung der vereinigten Werftarbeiter über die Lohnfrage ist nunmehr nahezu beendet. Dem Vernehmen nach weist die überwiegende Mehrheit der Arbeiter die Vorschläge der Arbeitgeber zurück. Ueber die ganze Frage wird wahrscheinlich in etwa vierzehn Tagen in Carlisle eine Konferenz abgehalten werden.

Madrid, 6. August. (C. T. C.) Der Ministerpräsident Canalejas erklärte in einer Rede über die fiskalische Agitation, 6000 Militäreinheiten angeblich bereit, um nach Bilbao und San Sebastian zu marschieren. Aber wenn die Gegner der Regierung eine Erhebung versuchen sollten, so habe diese 50 000 Mann zu ihrer Verfügung, welche man überall hin-senden könnte, wo sie nötig seien.

Barcelona, 6. August. (C. T. C.) Gestern Abend kam es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Karlisten und Rifakalen. Die Kämpfenden wurden durch die Polizei auseinandergetrieben.

Petersburg, 6. August. (C. T. C.) In den letzten 24 Stunden sind an der Cholera 102 Personen erkrankt und 29 gestorben. Die Gesamtzahl der erkrankten Personen beträgt 719.

Winnipeg, 6. August. (C. T. C.) Der Sonderzug, in welchem sich der Premierminister Laurier und der Eisenbahnminister Graham befanden, stieß bei einer Fahrgeschwindigkeit von 60 Meilen in der Stunde in der Nähe von Regina mit einem Güterzuge zusammen. Der Premierminister wurde am Arm verletzt und erlitt einen starken Nervenschoc, der Eisenbahnminister eine Verrenkung des Knies. Andere Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Ein Heizer wurde getötet. Die Fortsetzung der Rundreise des Premierministers scheint in Frage gestellt.

(Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Amthliche Nachrichten.

Der König hat dem Rechtsanwält und Notar, Justizrat Julius Schachian zu Berlin, dem Barrer Felix Merkel zu Hohenhal im Kreise Niederbarnim, dem Regierungssekretär a. D., Rechnungsrat Julius Senfheil zu Marienwerder, dem Oberlandesgerichtsrat a. D., Rechnungsrat Eduard Raabe zu Hamm i. W., dem Oberzollsekretär a. D., Rechnungsrat Wilhelm Biegler genannt Stege zu Köln a. Rh., und dem Kirchenrathen, Kreis-administrator Franz Sandmann zu Wankowfelde im Kreise Niederbarnim den Voten Abtrotzen vierter Klasse, Geheimen Regierungsrat Dr. jur. Paul Kirchstein, vortragendem Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem Geheimen Rechnungsrat a. D., Geheimen Rechnungsrat August Grubbert zu Potsdam, bisher bei der Oberrechnungskammer, und dem Rechnungsrat a. D.,